

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Kürze der Zeit nur wenige Feststellungen zur Richtigstellung:

Erstens. Sie drücken sich an der Problematik externe Wegekosten völlig vorbei. Das habe ich eben in einer anderen Debatte schon ausgeführt.

Zweitens. Sie sagen, die tatsächlichen Wegekosten würden annähernd erreicht, weil Sie genau wissen, dass sie unterhalb von 17 Cent, bei 16 und paar zerquetschten Cent pro 100 km liegen. Deswegen: Es sind nicht die tatsächlichen Wegekosten.

Drittens. Das verschärft sich in der Tendenz zusätzlich durch die zwar richtige Spreizung in Richtung Euro 5 und Euro 6, die in den nächsten Jahren aber zu folgenden Einnahmesätzen führt – ich will Ihnen kurz die offiziellen Finanzplanansätze sagen –: 5,07 im Jahr 2009, 4,87 im Jahr 2010, 4,67 im Jahr 2011 und ebenfalls 4,67 Milliarden im Jahr 2012. Das heißt, trotz steigender gefahrener Kilometer nehmen die Einnahmeansätze bei der Maut ab. Das ist selbstverständlich nicht wegekostendeckend, von externen Wegekosten völlig abgesehen. Deswegen bleiben wir dabei, dass insbesondere der Transitverkehr höher belastet werden muss und der Weg der progressiven Maut beschritten werden sollte. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, so dass wir am Schluss der Beratung sind und zur Abstimmung kommen können.

Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zu derselben, und zwar über den Inhalt des **Antrages** in der **Drucksache 14/6963**. Wer dem Inhalt des Antrages zustimmen möchte, bitte mit der Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der SPD und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

6 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6920

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Linssen das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nichts ist beständiger als der Wandel, sagt ein gängiges Sprichwort, das auf viele Lebenslagen zutrifft. So ist auch ein Landeshaushalt stets der Veränderung unterworfen. Die Erfahrung zeigt, dass mit dem jährlichen Parlamentsbeschluss über Haushaltsplan und Haushaltsgesetz beileibe kein statischer Monolith geschaffen wird. Immer wieder sind Anpassungen an neue Herausforderungen vorzunehmen, unerwartete und im Detail nicht prognostizierbare Ereignisse haushälterisch nachzuvollziehen sowie bisweilen unerfreuliche, aber ebenso auch erfreuliche kurzfristige Entwicklungen abzubilden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch im Jahr 2008 wieder der Fall. Daher lege ich Ihnen heute für die Landesregierung den Entwurf eines Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes für das Jahr 2008 vor.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Den ersten Nachtragshaushalt hatten wir bewusst nur auf die WestLB-Garantie beschränkt, um den Damen und Herren der Opposition die Zustimmung zu erleichtern. Aber leider haben Sie sich der Hilfe für die Sparkassen und die WestLB verweigert.

(Beifall von der CDU)

Wesentlicher Anlass für die Einbringung des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes sind die Umsetzung des Ergebnisses der aktuellen Steuerschätzung vom Mai 2008 sowie zwangsläufige Ansatzveränderungen, die sich im Haushaltsvollzug 2008 abzeichnen und die so bei der Haushaltsaufstellung nicht absehbar waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Aufstellung eines Nachtragshaushalts muss das besondere Augenmerk des Finanzministers darauf gerichtet sein, die notwendige Anpassung an aktuelle Entwicklungen so zu gestalten, dass die übergeordneten Ziele der Haushalts- und Finanzpolitik der Landesregierung gewahrt bleiben. Kurzfristiger Anpassungsbedarf darf nicht dazu führen, dass die haushaltspolitischen Gesamtlinien aus dem Blick geraten.

Die Haushalts- und Finanzpolitik der Landesregierung ist seit 2005 erkennbar in ihrer Gesamtheit darauf ausgerichtet, die Landesfinanzen zu sanieren und den Landeshaushalt wieder zu einem verlässlichen und nachhaltigen Zahlenwerk zu machen. Nach den Jahren ungebremster Schuldenaufnahme zwischen 2003 und 2005, mit 6,57 Milliarden € Nettoneuverschuldung im Jahr 2003, mit 6,72 Milliarden € Nettoneuverschuldung im Jahr 2004 und mit 6,67 Milliarden € Nettoneuverschuldung im Jahr 2005, ist es uns nach der Regierungsübernahme gelungen, diese Spirale zu durchbrechen. So hat das Jahr 2007 im Ist mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,86 Milliarden € abgeschlossen. Mit anderen Worten: Innerhalb von zwei Jahren haben wir die Nettoneuverschuldung um über 70 % zurückgeführt.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch für das Jahr 2008, liebe Kolleginnen und Kollegen, erwarten wir, trotz der vorgesehenen Veränderungen durch den zweiten Nachtragshaushalt, eine weiter sinkende Nettoneuverschuldung. Unverändert ist die Nettoneuverschuldung für 2008 mit 1,77 Milliarden € etatisiert.

Ohne Zweifel hat die tendenziell weiterhin freundliche Konjunkturentwicklung positiven Einfluss auf die Haushaltsentwicklung – das lässt sich an der erfreulichen Entwicklung der Steuereinnahmen ablesen –, obwohl wir im Mai, wie Sie gelesen haben, einen kleinen Einbruch hatten. Gleichzeitig unterliegt der Landeshaushalt nach wie vor einer inneren Dynamik, insbesondere im Bereich der Personalkosten und bei den Zinsaufwendungen, gegen die wir ansparen und auch ansparen müssen.

Ich möchte nicht verhehlen, dass die positive Gesamtentwicklung eine glückliche und hilfreiche Unterstützung der schwierigen Konsolidierungsarbeit ist. Wir sind aber natürlich noch nicht am Ende des Sanierungspfades für die Landesfinanzen angekommen. Ich habe stets gesagt, dass dies ein weiter und beschwerlicher Weg sein wird; denn die jetzige Opposition mag die Sünden der

Vergangenheit zwar schleunigst vergessen machen wollen,

(Winfried Schittges [CDU]: Sehr richtig!)

wiedergutmacht werden können sie indessen nicht so schnell. Es ist und bleibt richtig: Die Zinsausgaben von heute haben ihre Ursache in der Schuldenmacherei von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, ist die dauerhafte und substanzielle Konsolidierung eines öffentlichen Haushalts erst dann vollends gelungen, wenn möglichst dauerhaft die Steigerungsrate der Ausgaben unterhalb der Wachstumsrate der laufenden Einnahmen gehalten werden kann. Darauf arbeiten wir weiter hin. Das ist unser Ziel: eine Nettoneuverschuldung von null.

Mit Blick auf konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen, die sich im Haushaltsvollzug ergeben, haben wir eine klare Konzeption: Sie müssen im Sinne einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft und zur Absenkung der Verschuldung eingesetzt werden. Das setzen wir seit 2005 konsequent, erfolgreich und in einem nie dagewesenen Maße um.

(Beifall von der CDU)

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt veranschlagen wir für 2008 Steuereinnahmen in Höhe von rund 41,6 Milliarden €. Das sind 6,9 Milliarden € mehr, als das Land 2005 eingenommen hat. Davon wurden 1,4 Milliarden € im Rahmen des kommunalen Steuerverbundes zusätzlich an die Kommunen bezahlt. Im gleichen Zeitraum ist die Nettoneuverschuldung um 4,9 Milliarden € von 6,7 Milliarden auf weniger als 1,8 Milliarden € gesunken. Die nach Abzug des kommunalen Steueranteils verbleibenden Steuermehreinnahmen sind in diesem Zeitraum also zu rund 90 % zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt worden.

Zum Vergleich: Auch von 1990 bis 1995 hat es erhebliche Zuwächse bei den Steuereinnahmen gegeben. Der Anstieg betrug in diesem Zeitraum rund 6,3 Milliarden €. Davon wurde indessen nichts – null Komma null – in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung gesteckt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Im Gegenteil: Sie wuchs in diesem Zeitraum um 39 % an.

Auch im Zeitraum von 1995 bis 2000 war trotz Steigerung der Steuereinnahmen um 4,4 Milliarden € ein weiterer Aufwuchs zu verzeichnen, seinerzeit um 13 %.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Unterschied zwischen der roten bzw. rot-grünen Konsumpolitik der Vergangenheit und der schwarz-gelben Konsolidierungspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Dementsprechend liegt der zweite Nachtragshaushalt für 2008 im Trend der nachhaltigen und konsolidierungsorientierten Haushalte seit dem Jahr 2006. Auch der Entwurf des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes für das Jahr 2008 wird der haushalts- und finanzpolitischen Gesamtlinie der Landesregierung gerecht. Während unter Rot-Grün Nachtragshaushalte zumeist hektische Reparaturkommandos waren,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Oh, oh!)

dient auch dieser Nachtragshaushalt, der uns im Entwurf vorliegt, dazu, umsichtig und mit Vorsicht Risiken zu begegnen und sie mit positiven Entwicklungen im Ausgleich zu halten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das kann man auch anders sehen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wesentlicher Anlass für die Einbringung des zweiten Nachtragshaushaltes für 2008 ist das Ergebnis der Steuerschätzung von Mai 2008. Danach werden die Steuereinnahmen gegenüber dem verabschiedeten Haushalt 2008 um etwa 110 Millionen € steigen. Sie erhöhen sich damit von bisher 41,52 Milliarden € auf 41,63 Milliarden €.

Das ist nach wie vor eine erfreuliche Gesamtentwicklung. Gleichzeitig ist erkennbar, dass wir die Steuereinnahmen insgesamt sehr realistisch kalkuliert haben – es gab Länder, die ihre Ansätze nach der letzten Steuerschätzung senken mussten.

Mit Blick auf die Verwendung der Steuermehreinnahmen hält die Landesregierung an ihrer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik fest. Dementsprechend werden diese Einnahmen zur Vorsorge bzw. Vermögensbildung des Landes eingesetzt. So werden 95 Millionen € für einen noch zu errichtenden Fonds im Zusammenhang mit der Garantieerklärung für die WestLB bereitgestellt.

Mit dem ersten Nachtragshaushalt 2008 hatte eine Mehrheit dieses Hauses die Landesregierung zur Abgabe einer Garantieerklärung für die WestLB ermächtigt. Dies war ein wichtiger, ja entscheidender Mosaikstein im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Westdeutschen Landesbank. Zusammen mit der Einrichtung einer

Zweckgesellschaft war es auch der richtige und angemessene Schritt.

Um nicht auszuschließende Inanspruchnahmen aus dieser Garantie abzufedern, ist beabsichtigt, auf der Grundlage eines Risikofondsgesetzes ein Sondervermögen zu schaffen. Im Detail wird die Einrichtung dieses Sondervermögens Gegenstand der Debatte unter dem nächsten Tagesordnungspunkt sein. Nähere Einzelheiten möchte ich mir daher für später vorbehalten.

An dieser Stelle nur so viel: Wir stellen 95 Millionen € für dieses Sondervermögen bereit. Es wird als Puffer fungieren, indem es mögliche Belastungen des Haushaltes aus der übernommenen Garantie sowohl in der Zeit als auch in der Höhe glättet. Risiken für einzelne Haushaltsjahre werden damit massiv minimiert. Zukünftige Zuführungen erfolgen im Übrigen nach Maßgabe des jährlichen Haushaltes.

Ferner erfolgt mit 15 Millionen € eine Zustiftung zur Stiftung Zollverein. Zollverein zählt zum Weltkulturerbe und ist zum Symbol für den Strukturwandel im Ruhrgebiet geworden. Mit der Zustiftung ist eine signifikante Erhöhung des Stiftungskapitals verbunden. Diese Kapitalerhöhung soll dazu führen, dauerhaft einen Finanzbedarf von rund 600.000 € pro Jahr abzudecken. Damit wird ermöglicht, einen etwaigen jährlichen Zuschuss aus allgemeinen Haushaltsmitteln in dieser Höhe entbehrlich zu machen.

Die übrigen zwangsläufigen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen des zweiten Nachtragshaushaltes werden vollständig durch Minderausgaben respektive nichtsteuerliche Mehreinnahmen gedeckt. In der Summe geht es um ein Volumen von rund 180 Millionen €, das sich auf eine Reihe von Einzelpunkten verteilt.

Hervorzuheben sind hierbei sicherlich die 56,9 Millionen €, die für die Mehrausgaben für die Kindpauschalen nach KiBiz eingestellt werden.

Nach den Meldungen der Jugendämter liegt der Bedarf für die Kindpauschalen nach § 21 Abs. 1 des KiBiz um 66,9 Millionen € höher, als bei der Aufstellung des Haushalts 2008 angenommen. Da bereits 10 Millionen € zur haushaltsmäßigen Vorsorge von Sonderbedarfen im Umstellungsjahr veranschlagt wurden, reduziert sich der tatsächliche Mehrbedarf auf 56,9 Millionen €, die unseren Kindern zugute kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schließlich hat sich die Landesregierung entschieden, mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2008 im Personalbereich 72 kw-Vermerke aufgrund der Regie-

rungsneubildung zu streichen. Da alle Ressorts ihre Abbaupflichtungen aus der jährlichen 1,5%igen Stelleneinsparvorgabe bisher fristgerecht erfüllt haben und diese auch weiterhin fristgerecht bzw. vorzeitig erfüllen werden, wird durch die Streichung der vorgenannten kw-Vermerke das Ziel des Stellenabbaus in der Landesregierung insgesamt nicht gefährdet.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat den Entwurf eines Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes eingebracht, um damit aktuelle Veränderungen im Landeshaushalt abzubilden. Ich habe Ihnen dazu die wesentlichen Punkte vorgetragen.

Bei aller Veränderung bleibt der zweite Nachtragshaushalt der haushalts- und finanzpolitischen Grundlinie dieser Landesregierung treu. Wir setzen auch weiterhin den Weg für Nachhaltigkeit und Konsolidierung fort. Unsere Linie kann sich sehen lassen. Ich freue mich auf die weitere Beratung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollegin Walsken.

Gisela Walsken* (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Vorlage des zweiten Nachtragshaushaltes 2008, aber auch die heute durch die Pressekonferenz des Finanzministers bekannt gewordenen Eckpunkte für den Haushalt 2009 lassen klar erkennen, dass der Finanzminister mit allen – ich betone: mit allen – seinen Grundsätzen zur Haushaltspolitik gescheitert ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie, Herr Finanzminister – deshalb kam es mir in Ihrer Rede gerade so vor wie lautes Pfeifen im dunklen Wald –, haben alles abgeräumt, was Ihnen noch zu Beginn Ihrer Amtszeit wichtig war.

Deshalb habe ich mir angeschaut, was Ihnen wichtig war und habe noch einmal in Ihrer Einbringungsrede zum Haushalt 2006 geblättert. Da heißt es: „Haushaltskonsolidierung hat höchste Priorität“, „Ressortinteressen müssen zurückstehen“, „Wir brauchen künftig eine Kultur des Verzichts“ Oder: „Die Landesregierung ist angetreten, die Sanierung und Konsolidierung des Landeshaushalts nachhaltig voranzutreiben.“ Oder: „Wir treten jetzt ein in den Schuldenabbau.“ Oder: „Wir wollen den Zuwachs der Personalausgaben sen-

ken, für 2008“ – so dort zu lesen – „um 250 Millionen €“.

Meine Damen und Herren, das alles sind Textbausteine aus der Rede des Finanzministers. Ich werde Ihnen jetzt anhand des Nachtragshaushaltes, aber auch der bekannt gewordenen Perspektiven für 2009 Punkt für Punkt belegen, dass alle diese hehren Grundsätze gescheitert sind.

Interessant ist, wenn wir uns die Haushalte beginnend mit dem Nachtragshaushalt 2005 mit mittlerweile unzähligen Fakten anschauen, dass das finanzpolitische Scheitern der hehren Grundsätze von Herrn Dr. Linssen belegbar ist. Es geht heute nicht mehr darum, dass die Opposition mit dem Säbel rasselt, sondern es ist mittlerweile belegt durch ein wichtiges Organ in diesem Lande, nämlich durch den Landesrechnungshof, der in seinem Jahresbericht 2001 deutlich gemacht und unabhängig festgestellt hat – das möchte ich wörtlich zitieren –:

Die im Jahr 2006

– das Jahr, aus dem ich gerade Herrn Dr. Linssen zitiert habe –

noch energisch begonnenen Schritte der Landesregierung zur Konsolidierung der Landesfinanzen werden in den Haushaltsjahren 2007 bis 2009 nicht konsequent fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, ein schwerer Schlag für die Landesregierung,

(Minister Dr. Helmut Linssen: Oh!)

ein K.-o.-Schlag für den Finanzminister. Dass der Landesrechnungshof, der traditionell, was die Überprüfungen der Einsparbemühungen betrifft, einem Finanzministerium näher ist als den Fachressorts, eine solche Expertise ausstellt, ich glaube, das spricht für sich, Herr Dr. Linssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber es ist nicht nur ein pauschales Urteil, sondern es ist auch deutlich spezifiziert beim Landesrechnungshof. Denn er sagt, dass die Gesamtverschuldung des Landes auf einen – hören Sie zu – Rekordstand von 118,2 Milliarden € gekommen ist.

(Winfried Schittges [CDU]: 5 Milliarden € sind es!)

Auch hier – deshalb höre ich das gerne, Herr Kollege – hilft nicht die Schuldzuweisung Richtung Rot-Grün. Diesen Rekordstand haben Sie durch Ihre Haushaltspolitik verursacht, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Eigentlich müsste höchste Alarmstimmung gerade in Ihrem Laden herrschen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU])

Jetzt sage ich Ihnen das sehr genau: Bei Regierungsübernahme, Kollege Schittges, der Meister der Zahlen, haben Sie 108 Milliarden € Schulden übernommen.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: 112 Milliarden €!)

– Schauen Sie doch einfach nur in die Zahlen, Herr Kollege Palmen. Warum denn nicht? 108 Milliarden € per Juni 2005. Ich danke für Ihre Aufregung, die zeigt, Sie fühlen sich ertappt. Denn Sie haben ja schon einen Nachtragshaushalt 2005 vorgelegt und die Schulden nach oben geschossen. Das war das Erste, das Sie in diesem Lande gemacht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Heute sind wir bei 118,2 Milliarden €, hat der Landesrechnungshof festgestellt. Nicht meine Zauberehrungsrechnung, sondern der Landesrechnungshof hat es festgestellt, liebe Kollegenschaft.

Sie haben durch Ihre eigenen Eckpunkte zum Haushalt 2009 heute, Herr Finanzminister, gesagt: Ende 2009 sind wir bei 121 Milliarden €. 121 Milliarden € verantworten Sie. Wenn es dann im Text Ihrer Einbringungsrede von vor zwei Jahren heißt: Schulden deutlich zurückfahren, Schulden nicht nur zurückfahren, sondern Haushalt konsolidieren, so sage ich, Herr Finanzminister: Versprochen und gebrochen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann ist es auch interessant, einmal zu schauen, wie die Gesamtlage ist – das wird auch im Nachtrag deutlich –: sprudelnde Steuerquellen. So viel zusätzliche Steuereinnahmen hat es in diesem Land schon lange nicht mehr gegeben. Deshalb hatte die Landesregierung auch 2006, Herr Finanzminister, vollmundig beschlossen, Einnahmeverbesserungen in vollem Umfang für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden.

Schauen wir uns das einmal an, was Sie bisher an Einnahmeverbesserungen haben, das heißt, wie viel Geld die Steuerzahler mehr in die Kassen von Nordrhein-Westfalen geleitet haben. Da sind wir mittlerweile bei einer Summe von 7 Milliarden. 8 Milliarden neue Schulden, 7 Milliarden mehr in

der Kasse macht 15 Milliarden in Ihrer Regierungszeit an zusätzlichen Geldausgaben.

Meine Damen und Herren, was das mit Konsolidieren zu tun hat, was das damit zu tun hat, Neuverschuldung zurückzuführen, was das damit zu tun hat, sparsam zu wirtschaften – um es mit Ihren Worten zu sagen, die Sie gerade von diesem Pult aus versucht haben, den Menschen in diesem Land zu übermitteln –, das frage ich Sie nachhaltig, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Aber für alles mehr Geld fordern!)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass es im Moment ganz schwierig in der Haushalts- und Finanzpolitik für den Herrn Finanzminister läuft. Wie schwierig es ist und wie viel er hat gegenüber seinen Fachkollegen an Federn gelassen, erweist sich exemplarisch am Thema Personalabbau, ein wunderschönes Thema. „Personalkosten reduzieren“ hieß es in der Haushaltsrede von 2006 von Herrn Dr. Linssen. Die Hartmann-Kommission wurde eingerichtet: „34.000 Stellen bauen wir ab bis 2010“. Vollmundige Versprechen von diesem Pult hier!

Heute schauen wir in den Nachtrag und sehen: Wir richten zusätzliche Stellen ein, und zwar zusätzliche Stellen für den Regierungsapparat, Stellen für die Staatskanzlei: 72 neue Stellen, obwohl Sie den Menschen in diesem Lande noch vor zwei Jahren versprochen haben, Sie wollten Stellen erwirtschaften. Das tun Sie nicht. Versprochen – gebrochen, Herr Finanzminister.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Und, meine Damen und Herren, was viel wichtiger ist an dieser Stelle: Ihr Stellenabbauprogramm. Sie sind überhaupt nicht vorangekommen. Ich habe es eben gesagt: Die Hartmann-Kommission wollte 34.000, Sie wollten 20.000 abbauen. Sie haben im Finanzausschuss gesagt: ein wunderbares Ziel, darüber werden wir nachdenken. Heute haben Sie 2.500 Stellen abgebaut. 2.500! Meine Damen und Herren, Rohrkrepierer auch beim Thema Personalabbau.

Wir werden uns systematisch, meine Damen und Herren – wir kommen gleich noch zur Westdeutschen Landesbank –, immer genau anschauen, was Sie an vollmundigen Versprechungen in die Landschaft blasen, Herr Finanzminister, und was Sie wirklich an konkreten Taten in Ihrem Haushalt und in Ihrer Finanzpolitik umsetzen. Das werden wir uns intensiv anschauen, weil es eine Fülle von Datenlagen gibt, nachdem Sie heute Ihren fünften

Haushalt, abgesehen von weiteren Nachträgen, hier verantworten.

Ich sage abschließend: Die Landesregierung spart nicht. Sie investiert nicht in die Zukunft. Sie gibt das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes – es sollte 2010 erreicht werden, ist aber schon jetzt in die nächste Legislaturperiode verschoben worden – auf, und sie scheitert am selbst gesteckten Ziel ihres eigenen Personalabbaus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend hat Kollegin Walsken noch eine gute Idee gehabt. Es wäre dringend erforderlich, sich intensiv mit diesen Zahlen des Nachtragshaushaltsplanes auseinanderzusetzen. Dann könnte man nämlich nicht zu einer so grandiosen Fehleinschätzung kommen wie die, die wir gerade gehört haben.

(Beifall von der CDU)

Ich finde es ausgesprochen hilfreich, dass wir gerade noch einmal einige wesentliche Zitate unseres Finanzministers in Erinnerung gerufen bekommen haben, die auch weiterhin die Leitlinie unserer Haushalts- und vor allen Dingen unserer Konsolidierungspolitik sein müssen und bleiben werden. Der jetzt vorgelegte Nachtragshaushaltsplan ist ein hervorragendes Dokument für Kontinuität in unserer Finanzpolitik.

Ich will an zwei Punkten deutlich machen, dass das so ist, aber zumindest noch eine kurze Replik der Frau Kollegin Walsken nicht ersparen: Dass immer noch mehr Schulden in unserem Land dazu kommen, liegt doch vor allen Dingen daran, dass wir notgedrungen – Verträge müssen eingehalten werden – weiterhin Zinsen auf die früher gemachten Schulden bezahlen müssen. Jedes Jahr muss der Finanzminister von vornherein 5 Milliarden €, also jeden zehnten Euro aus dem gesamten Haushalt, abzweigen, um damit Zinsen zu bezahlen.

Trotz dieser 5 Milliarden € Belastung machen wir nur 1,77 Milliarden € zusätzliche Schulden. Das ist ein Riesenerfolg, und das ist etwas, was wir uns vor drei Jahren noch gar nicht hätten vorstellen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Frau Walsken dann sagt, es seien nur 2.500 Stellen abgebaut worden, obwohl man vorher so groß geredet habe, dann bitte ich Sie, auch einmal zu berücksichtigen, dass diese Stellen abgebaut werden konnten, obwohl wir 5.064 zusätzliche Lehrer eingestellt haben. Das müssen Sie doch im Kontext sehen. Damit wird erst richtig deutlich, wie groß der Erfolg der Landesregierung und der Koalition an dieser Stelle ist.

Ich möchte an zwei Punkten deutlich machen, dass diese positive Linie mit dem Nachtragshaushaltsplan weitergeführt wird.

Erstens. Seit Verabschiedung des Haushalts 2008 haben sich an vielen Stellen wirklich erhebliche Mehrausgaben ergeben, die vorher noch nicht bekannt waren. Insgesamt 180 Millionen € muss das Land an Mehrausgaben tragen. Es gelingt, diese 180 Millionen € an Mehrausgaben zu tragen, ohne einen einzigen Cent zusätzliche Schulden aufzunehmen!

Das war früher anders. Früher waren doch Nachtragshaushaltspläne ein Dokument der Fehlplanung von vorher, weil man systematisch die Kosten zu niedrig geschätzt hatte und dann viel höhere Kosten hatte. Gleichzeitig waren die Steuereinnahmen zu hoch angesetzt. Das Ergebnis waren Ihre Neuverschuldungen, die mit galoppierender Geschwindigkeit stiegen. All das ist Vergangenheit. Die vorsichtige Haushaltsplanung lässt es uns trotz 180 Millionen € zusätzlicher Kosten gelingen, ohne einen einzigen Cent Neuverschuldung auszukommen.

Das gilt auch für Bereiche, die für die Kinder in unserem Land wichtig sind: 56,9 Millionen € geben wir zusätzlich für das KiBiz aus. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Sie haben uns nämlich vorher gesagt: Da wird Politik für Kinder nach Haushaltslage gemacht. – Wir haben sowieso schon mehr Geld für Kinder ausgegeben. Wir haben ein Gesetz mit Inhalten, die wir für richtig halten, beschlossen. Wenn dieses Gesetz jetzt dazu führt, dass die Kosten höher sind als ursprünglich veranschlagt, weil die Eltern das Gesetz anders nutzen, als es im zuständigen Ministerium vorher erwartet worden ist,

(Lachen von der SPD)

ist das ein hervorragendes Beispiel dafür, dass wir uns an den Kindern und nicht an den Haushaltszahlen orientieren. Wir stellen dieses Geld zusätzlich zur Verfügung und machen trotzdem den Haushalt passend.

(Britta Altenkamp [SPD] und Gisela Walsken [SPD]: Passend?)

– Ja, den zusätzlichen Ausgaben von 180 Millionen € stehen im Haushalt Einsparungen gegenüber. Sie haben früher derartige Probleme immer mit Neuverschuldung gelöst.

(Beifall von der CDU)

Zweiter Punkt. Es gibt 110 Millionen € zusätzliche Steuereinnahmen. Die werden komplett dafür genutzt, Vermögen aufzubauen oder alte Verpflichtungen abzubauen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Vermögen?!)

Wenn wir nämlich jetzt 95 Millionen € in den Fonds für WestLB-Risiken stecken, ist das periodengerecht richtig. Das heißt, es sind sogar Probleme und Risiken, die in der Vergangenheit verursacht worden sind. Wir können doch nicht künftigen Generationen – künftigen Steuerzahlern – aufbürden, für diese Risiken zu zahlen. Sie alle wissen doch: Das sind Risiken aufgrund von Papieren, die in den Jahren 1999 bis 2005 gekauft, und Beständen, die in eben diesen Jahren aufgebaut worden sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Glauben Sie, das ist so einfach?)

Wir können jetzt natürlich keine rückwirkende Risikovorsorge mehr für diese Jahre treffen, aber wir können in diesem Jahr – in dem ersten erkennbaren Jahr, in dem wir reagieren können – dafür einen entsprechenden Fonds bilden. Das tun wir.

Meine Damen und Herren, insgesamt stelle ich fest, dass dieser Nachtragshaushaltsplan nicht, wie es früher der Fall war, ein Reparaturbetrieb zum Löcherstopfen ist, sondern dass er eine konstruktive Weiterentwicklung des Landeshaushalts 2008 ist und uns ein gutes Stück auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung weiterbringt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Klein. – Für die FDP spricht nun Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der Tat ist ein Nachtragshaushalt für sich genommen noch kein Anlass zur Freude und auch kein Anlass zur Trauer.

Aber wenn ich mir den Anlass und auch die in dem Nachtragshaushalt enthaltenden Vorschläge anschau, kann und muss ich sagen, dass dieser Nachtragshaushalt nicht nur eine Notwendigkeit

ist, sondern dass ich ihm auch eine positive Seite abgewinnen kann. Was die Kollegin Walsken vorhin an kritischen Anmerkungen gemacht hat, sehe ich durch diesen Nachtragshaushalt in keiner Weise gerechtfertigt.

Ich will auf zwei Bemerkungen aus Ihrem Wortbeitrag eingehen. Sie haben auf die Verschuldung Stand Juni 2005 hingewiesen. Frau Kollegin, man muss sehr wohl berücksichtigen, dass seinerzeit, nämlich in Ihrem Haushalt 2005, andere Steuereinnahmen etatisiert wurden, als sie ein vorsichtiger Kaufmann hätte prognostizieren können,

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

und dass wir mit dem Nachtragshaushalt 2005, den CDU und FDP auf Vorschlag der Landesregierung unterstützt haben, einiges an inzidenter Verschuldung, die Sie ausgelagert hatten, in den Landeshaushalt wieder überführt haben, und zwar aus dem Gebot der Transparenz heraus.

(Beifall von der FDP)

Der Hinweis, den der Herr Finanzminister vorhin gegeben hat, ist sehr richtig: dass nämlich mit den Haushalten, die die Landesregierung sowie CDU und FDP bisher zu verantworten haben, der Konsolidierungskurs bei der Haushaltsaufstellung konsequent fortgesetzt wird. Anders als früher selbst in Zeiten von Steuermehreinnahmen bauen wir nicht weiter hemmungslos neue Verschuldung auf, und wir gehen auch nicht in den Konsum hinein, sondern wir beschreiten den Weg der Haushaltskonsolidierung weiter.

Deshalb ist es auch richtig, dass es im Nachtragshaushalt 2008 bei der vorgesehenen Neuverschuldung bleibt, dass sie trotz erforderlicher Mehrausgaben nicht angehoben wird, wie das bei den Nachtragshaushalten zu Ihren Zeiten regelmäßig festzustellen war.

Wir werden gleich gesondert über das Thema „WestLB und Risikoschirm“, genauer gesagt über den Risikofonds, sprechen. Deswegen will ich nur zwei kurze Bemerkungen dazu machen.

Wir hoffen zum einen – das ist hoffentlich der gemeinsame Wunsch des Parlaments –, dass sich die Ausfälle, die mit dem Risikoschirm abgedeckt sein könnten, für die es also eine Garantie gibt, nicht in dieser Form realisieren, sondern dass wir eine wesentlich geringere Inanspruchnahme aus dieser Garantie haben werden.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen selbstverständlich Vorsorge dafür treffen. Das tun wir mit diesem Nachtragshaushalt auch. Das ist dort verankert.

Damit schaffen wir die Grundlage dafür, dass das Land Nordrhein-Westfalen seinen Verpflichtungen aus dieser Garantie auch kurzfristig nachkommen kann. Niemand kann sagen, wann und in welcher Höhe sich Zahlungsverpflichtungen ergeben. Deswegen ist die Zuführung an den Risikofonds, orientiert am Vorsichtsprinzip, notwendig und sinnvoll. Wir werden uns darüber unter dem nächsten Tagesordnungspunkt noch näher unterhalten.

Die an der Streichung der kw-Vermerke vorgebrachte Kritik ignoriert aus meiner Sicht und der Sicht meiner Fraktion konsequent die gegebenen Sachverhalte. Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung verfolgen im Rahmen der Konsolidierungsstrategie und der Konsolidierungspolitik als zentrales Element die Senkung der Personalkosten, insbesondere durch Stellenabbau. Dabei handelt es sich um eines der wesentlichen Elemente auf dem Weg, den Haushalt strukturell wieder auf ordentliche Füße, auf ein ordentliches Fundament zu stellen.

Nach der Regierungsübernahme haben wir daher die Ziele sehr viel höher gesteckt, als dies die Vorgängerregierung und die sie tragenden Fraktionen getan haben. Ich möchte beispielsweise nur an die Stellenabbauvorgabe von 1,5 % über alle Ressorts hinweg erinnern. Wir haben darüber hinaus das Tempo des Stellenabbaus erhöht.

Der Finanzminister hat hierzu jüngst Auskunft gegeben und vorgerechnet: Bis zum Ende des Jahres 2008 wird sich der Stellenbestand des Landes Nordrhein-Westfalen voraussichtlich um netto 4.600 Stellen reduziert haben, meine Damen und Herren. Der Kollege Klein wies schon drauf hin: Darin sind ausdrücklich nicht die 5.084 Lehrerstellen enthalten, die wir im Rahmen der politischen Schwerpunktsetzung für die Bildung und die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen geschaffen haben. Würde man das bereinigt rechnen, wären es sogar knapp 9.700 Stellen, die seit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 eingespart worden sind.

Bis Ende 2009 werden – vor allem gefördert durch PEM und die Anreizsysteme – über 12.000 kw-Vermerke realisiert worden sein, viele kw-Vermerke sogar schon früher als ursprünglich geplant.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bitte ich einfach darum, die Vorwürfe noch einmal etwas genauer zu prüfen. Sie werden sicherlich feststellen, dass diese Vorwürfe nicht haltbar sind.

Mit dem Nachtragshaushalt werden wir außerdem den finanziellen Unterbau und die finanzielle Ab-

sicherung für die höheren Zuschussbedarfe bereitstellen, die sich durch die ausgesprochen erfreulichen Anmeldezahlen bei den Kindertageseinrichtungen ergeben. Das Kinderbildungsgesetz erweist sich schon jetzt, vor seinem Start, als sehr erfolgreich. Die von vielen vorgetragenen Befürchtungen, viele Eltern könnten sich zukünftig den Kindergartenplatz für ihre Kinder nicht mehr leisten oder würden keinen Platz mehr finden, weil die Kommunen keine Unterstützung durch das Land erhalten, um die Kindergartenplätze vorzuhalten, erweisen sich Schritt für Schritt als haltlos.

Wie schon in einer Aktuellen Stunde zu diesem Thema vor einigen Monaten freuen wir uns auch heute darüber, dass wir mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt durch Einsparungen und Minderausgaben an anderer Stelle diese erfreulichen Mehrausgaben erwirtschaften können.

Wir werden in Zukunft sicherlich nicht nachlassen in unseren Bemühungen für einen konsolidierten Landeshaushalt auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch für die wichtigsten Investitionen, die wir in unserem Land vornehmen können, nämlich die zu einer verbesserten Betreuung und Bildung für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft.

Das, meine Damen und Herren, ist es, was die Politik von CDU und FDP auszeichnet. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Als Nächstes spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem zweiten Nachtragshaushalt wird die Serie der Intransparenz und Verschleierung der Arbeit der zweiten Gewalt, der Exekutive, in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt. Dabei war die Ansage einmal eine ganz andere: Bei der Diskussion um den zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2005 hatte der Finanzminister doch angekündigt, dass es eine solche Serie von Nachträgen unter seiner Ägide nicht mehr geben werde.

Wie war es tatsächlich? 2006 gab es zwar nur einen Haushalt, aber im Laufe des Haushaltsverfahrens gab es dann gleich zwei erhebliche Ergänzungsvorlagen. Die erste Ergänzung war fast länger als der eigentliche Haushalt. Schließlich: Die Steuereinnahmen, die dann tatsächlich herauskamen, lagen nochmals um 500 Millionen € höher als das, was der Finanzminister in seinem eine

Woche zuvor verabschiedeten Haushalt niedergeschrieben hatte.

2007 gab es einen ersten und einen zweiten Nachtrag. Der zweite Nachtrag wurde sogar erst im Jahre 2008 verabschiedet. Also konnten die Ausnahmeermächtigungen beim Beschluss gleich mit dem Vollzug abgeglichen werden. Dies hat zwar nichts mit sorgfältiger Planung und Transparenz für den Gesetzgeber zu tun, ist aber offensichtlich ungemein praktisch für die Verwaltung.

Im Jahr 2008 haben wir jetzt schon Mitte des Jahres einen zweiten Nachtrag vorliegen. Es gibt Hoffnung auf einen kleinen neuen Rekord: Im Herbst könnte gegebenenfalls der dritte Nachtrag oder zumindest eine ausführliche Ergänzung anstehen.

Dabei ist der Finanzminister doch als Garant für Transparenz und Übersichtlichkeit angetreten. Und warum jetzt ein zweiter Nachtrag? Gibt es etwa eine scharfe konjunkturelle Krise? Brechen die Steuereinnahmen weg? Haben wir eine Staatskrise zu bewältigen? Oder gibt es irgendeine Naturkatastrophe? – Nichts von alledem, meine Damen und Herren! Diese Landesregierung macht einfach ihre Hausaufgaben nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mehrmals hatten wir Sie aufgefordert, doch die Kosten von KiBiz vernünftig zu kalkulieren und abzusichern und für eine bessere Ausstattung der Finanzverwaltung zu sorgen. Von Transparenz, vernünftiger Planung und solider Haushaltspolitik kann also an dieser Stelle nicht die Rede sein. Das ist mir wichtig zu betonen, weil es hier auch um das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung geht.

Die Haushaltsberatung ist die Königsdisziplin des Parlaments. Ein Parlament muss von einer Regierung erwarten, dass sie langfristige Kalkulationen aufstellt, dass sie langfristig plant. Wir aber müssen heute feststellen: Diese Landesregierung fährt nur auf Sicht und eben nicht in großen Linien.

Deshalb müssen wir auch intensiv über den Inhalt des Gesetzentwurfs reden. An mehreren Stellen bricht dieser Nachtragshaushalt mit Tabus einer von Ihnen selbst aufgestellten Haushaltspolitik. Wir messen Sie ja gar nicht an Ihren Wahlversprechen; da könnte man ja vieles diskutieren. Wir messen Sie noch nicht einmal an dem, was für das Land eigentlich notwendig wäre, sondern wir messen Sie hier und heute an den von Ihnen selbst aufgestellten eigenen Vorgaben.

Da war doch mal was mit Personalabbau! Aber in diesem Nachtragshaushalt erhöhen Sie die Zahl der Stellen allein in den Ministerien um 72 – entgegen der Propaganda bei Regierungsantritt, Stellen abzubauen. 72 hoch bezahlte Vertraute, von denen auf Konto des Ministerpräsidenten mehr als 20 gehen, haben Sie sich da gesichert.

Schlicht die Unwahrheit hat damals Staatssekretär Grosse-Brockhoff im Hauptausschuss gesagt, als er erklärte, dass es sich um eine „vorübergehende“ Verstärkung handele und man das „abbauen“ wolle.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Heute ist davon keine Rede mehr. Auch heute Morgen bei der Pressekonferenz haben Sie sich breitbeinig vor die Medienvertreterinnen und -vertreter gestellt und stolz verkündet, Sie hätten doch bis 2010 12.000 kw-Vermerke realisiert. Insgesamt bauen Sie bis 2010 vielleicht 2.500 Stellen ab. Allerdings ist das nur eine Prognose, die erst einmal eintreffen muss. Also bis 2010 sind 2.500 Stellen tatsächlich abgebaut – das sind gerade mal 0,7 %. Herr Finanzminister, ist das eine Zahl, auf die Sie besonders stolz sein können, wenn es um die Konsolidierung der Staatsfinanzen geht?

Sie verkommen doch mehr oder minder zu Ihrer eigenen Karikatur, wenn Sie nun versuchen, mit derlei Nachweisen eine Zahl dem Publikum deutlich zu machen, die in Wahrheit im Promillebereich liegt. Das ist die Wahrheit, und Sie werden an dieser Stelle noch nicht einmal blass.

Der zweite Tabubruch: Sie finanzieren Mehreinnahmen aus klassischen Sparstrümpfen. Da wird der Anteil am Finanzausgleich abgesenkt, da werden Mietkosten abgesenkt, da werden Verstärkungstitel verschoben. So macht das ein Finanzminister, wenn er dem Parlament eigentlich nicht die volle Wahrheit sagen will: Er bildet Sparstrümpfe, und wenn er sie braucht, schüttet er sie aus. Mit Transparenz hat das Ganze nichts zu tun. Und Ihre bereits beschriebenen Orgien an Nachtragshaushalten oder Ergänzungsvorlagen verhindert eine Vergleichbarkeit schon im Ansatz: Keine Transparenz, sondern Tricksen und Täuschen an dieser Stelle!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dritter Tabubruch: Mit besonderer Verve hatten Sie angekündigt, dass alle Steuermehreinnahmen im Haushaltsvollzug in die Senkung der Nettoneuverschuldung fließen sollten. Allerdings nicht diesmal. Obwohl Sie ja bedeutende Sparstrümpfe angelegt haben, reicht das Geld nicht aus. 110 Millionen €

brauchen Sie für die WestLB und für die Stiftung Zollverein. Natürlich ist das Geld für die Stiftung Zollverein richtig angelegt, aber das ist nicht der Punkt. Sie hätten Vorsorge treffen müssen, und zwar rechtzeitig. Genau darum geht es. Die Netto-neuverschuldung bleibt unverändert – trotz der Steuermehreinnahmen.

Herr Finanzminister, Sie verfehlen Ihre eigenen bescheidenen haushaltspolitischen Ziele in voller Gänze!

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle noch ein Wort zu Herrn Papke. Es ist zwar niemand von der FDP anwesend, aber man sagt es dann trotzdem, damit es im Protokoll steht. Vielleicht ist Herr Papke aber auch aus diesem Grunde nicht da. Der Finanzminister hat nämlich heute Morgen deutlich gemacht, dass es auch 2010 keinen ausgeglichenen Haushalt geben wird. Bei der Vorlage der Eckdaten für 2009 und 2010 habe er angesichts von 1,6 Milliarden € an neuen Schulden – auch für 2009 – keinen Mucks der FDP im Kabinett dazu gehört, so der Finanzminister heute Morgen. Da, wo es darum ging, Farbe zu bekennen, nämlich im Kabinett, wird nichts gesagt. Aber draußen die Backen aufblasen – das ist offensichtlich die Politik der FDP.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also, ein völlig unrealistisches Gebell, das immer von der rechten Seite des Parlaments zu vernehmen ist. Der Finanzminister hat Ihnen, Herr Papke, ins Stammbuch geschrieben, dass Sie offensichtlich ganz schön kleine Brötchen backen müssen.

Wir werden heute der Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss zustimmen. Wir können allerdings nicht versprechen, keine Änderungsanträge zu stellen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Altenkamp.

Britta Altenkamp^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich doch noch einmal mit dem beschäftigen, was Frau Freimuth gesagt hat, dass man nämlich an diesem zweiten Nachtragshaushalt den großen Erfolg des sogenannten Kinderbildungsgesetzes ablesen könnte.

Schön ist immer, wenn der Erfolg schon beginnt, bevor ein Gesetz in Kraft tritt. Meine Wahrnehmung im Lande ist: Der Jubel will gar keinen An-

fang nehmen! An der Stelle sehe ich die großen Erfolge nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Warum ist das so? Weil Sie mit diesem Gesetz, jedenfalls was Haushaltsvorgaben betrifft, beinahe jede Vorgabe, die Sie sich selber gesetzt haben, nachweislich gebrochen haben!

Wichtiger Grund für das KiBiz war doch, dass es mehr Haushaltswahrheit und mehr Haushaltsklarheit gegenüber dem GTK geben sollte, das es mit seinen Bugwellen überhaupt nicht mehr ermöglichte, eine tatsächlich transparente Haushaltsführung im Lande durchzuführen. Deshalb sollten Kindpauschalen eingeführt werden, damit es eine transparente und unbürokratische Finanzierung von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen gibt. Da lohnt, wie ich meine, ein etwas genauerer Blick darauf, ob das mit dem KiBiz tatsächlich erreicht worden ist.

Nehmen wir einmal die Aussage, dass es keine Bugwellen mehr geben sollte, wobei im Laufe des Verfahrens und der Diskussionen der Minister dann einräumte, es seien nur noch seichte Wellen. 2005 mussten im Nachtragshaushalt für das GTK 46 Millionen € mehr für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen angemeldet werden. Wir lesen jetzt im zweiten Nachtrag 2008: 56 Millionen € mehr für die Kindpauschalen, wobei schon 10 Millionen € in der KiBiz-Umstellungsreserve vorgesehen waren. Faktisch sind es also 66 Millionen € mehr. Das sind dann wohl die sanften und seichten Bugwellen im Sinne dieser Landesregierung.

Von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit kann bis heute keine Rede sein; denn sowohl das Fachministerium wie auch das Finanzministerium sahen sich in der letzten Sitzung des Finanzausschusses nicht in der Lage, Fragen der Opposition zu beantworten, wie viele Unter-Dreijährigen-Plätze denn jetzt tatsächlich bewilligt worden sind oder wie viele Plätze in den unterschiedlichen Staffeln – 25, 35, 45 Stunden – tatsächlich ab dem 01.08.2008 finanziert werden.

Aber die Abgeordnete Kastner verfügt auf Ihrer Homepage über eine Liste, datiert 13. April 2008, in der dezidiert dargestellt wird, wie viele Plätze und in welchem Umfang welche Jugendamtsbezirke in Bezug auf die 25, 35 und 45 Stunden gefördert werden.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

In dieser Liste mit dem Datum vom 13. April, wie gesagt, geht es um eine Förderzusage ab dem 14. April 2008.

Es bleibt also die Frage: Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nur für einige Abgeordnete hier im Haus und nicht für den gesamten Haushaltsgesetzgeber, nämlich dieses Parlament? Denn an den Listen wird offensichtlich, dass die Abgeordnete Kastner diese Listen nicht selber erstellt hat.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Und es bleibt die Frage, wie es weitergeht. Denn wir verzeichnen einerseits seichte Bugwellen, andererseits aber ist in der Zwischenzeit nicht mehr ergründbar – ich hatte immer geglaubt, neben mir interessierten sich der Finanzminister und einige wenige Abgeordnete dafür –, wie viele Plätze tatsächlich gefördert werden.

Es bleibt ferner die Frage: Warum tun wir den Familien in Nordrhein-Westfalen dieses Kinderbildungsgesetz tatsächlich an? – Wir wissen es nicht. Die Frage kann letztlich auch ein Finanzminister nicht beantworten.

Er trifft nun allerdings im Haushalt 2009 insofern Vorsorge, als er angesichts der dicken Bugwelle, die er vor sich herschiebt, von vornherein 110 Millionen € mehr für das KiBiz einstellt. Und es ist nicht so, wie die Kollegin Freimuth meinte, dass das Gesetz erfolgreich wäre. Es ist vielmehr so, wie es Kollege Klein unfreiwillig gesagt hat: Die Eltern haben sich völlig anders verhalten, als das Fachministerium es eingeschätzt hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Noch mehr gebucht!)

– Genau, Herr Witzel, sie haben noch mehr gebucht. All Ihre Annahmen, die Sie bei diesem Gesetz vorausgesetzt haben, waren durch die Bank falsch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eltern können sich ihrer Planwirtschaft nur auf diese Art und Weise widersetzen. Das ist der Punkt. Vor dem Hintergrund, Herr Witzel, ist dieses KiBiz nicht attraktiv, sondern es ist ein Witz. Es zwingt die Eltern dazu, 45 Stunden zu buchen, weil das die einzige Möglichkeit ist, damit klarzukommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Eigentor, Herr Kollege!)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Britta Altenkamp^{*)} (SPD): Ja, ich komme zum Schluss. – Deshalb werden wir auch in der Haushaltsdiskussion immer wieder erleben,

(Unruhe)

wie Ihre Planwirtschaft, die Sie im Kindertagesstättenbereich eingeführt haben, letztlich dazu führt, dass Sie nicht einmal die haushalterischen Ziele erreichen konnten: mehr Transparenz, Haushaltswahrheit und -klarheit. Das ist ein einziger Schuss in den Ofen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Wenn sich alle wieder ein bisschen beruhigt haben, können wir weitermachen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

– Muss mal sein. Okay. – Für die CDU hat Herr Kollege Möbius das Wort. Auf geht's!

Christian Möbius (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Altenkamp, auch mit Ihren Sätzen werden Sie nicht abstreiten können, dass noch nie so viel Geld für die Kinder in Nordrhein-Westfalen ausgegeben worden ist. Darauf kommt es an.

(Beifall von der CDU)

Noch ein Wort zu dem Kollegen Rimmel, der – so wörtlich – die Orgie der Nachtragshaushalte beklagt. – Ich möchte wissen, was Sie als Rot-Grüne damals für Orgien gefeiert hätten, wenn Sie Steuermehreinnahmen zu verzeichnen gehabt hätten. Das ist doch der Grund, weshalb wir einen Nachtragshaushalt beschließen müssen. Unter der alten rot-grünen Landesregierung waren Nachtragshaushalte stets mit einer höheren Nettokreditaufnahme verbunden und damit mit höheren Schulden. Dies ergab sich, weil die rot-grünen Vorgängerregierungen in ihren Haushaltsentwürfen stets unrealistisch hohe Steuereinnahmen veranschlagt hatten und die Ausgaben wider besseres Wissen zu niedrig angesetzt waren. Zwangsläufig mussten die Wunschzahlen im Haushaltsvollzug den Realitäten angepasst werden.

Mit diesem unverantwortlichen Finanzgebaren hat die neue Landesregierung Schluss gemacht. Nunmehr werden realistische Ansätze gewählt und die Steuereinnahmen eher vorsichtig kalkuliert. Dieses Vorgehen der Landesregierung wird zu Recht von den Finanzwissenschaftlern gelobt und mit dem Geschäftsgebaren eines ehrlichen und vorsichtigen Kaufmanns verglichen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das haben wir lange nicht gehört!)

Die Zeiten geschöner Zahlen, Herr Kollege Körfiges, wie unter der rot-grünen Vorgängerregierung sind endgültig vorbei. Wir dokumentieren mit jedem Haushalt unser Verständnis von Haushaltstransparenz und Haushaltsklarheit. Das zeigt sich auch bei der Vorlage des zweiten Nachtragshaushalts 2008.

(Lachen von der SPD)

Erfreulicherweise sind gegenüber dem Haushaltsentwurf 2008 Steuermehreinnahmen von 110 Millionen € zu verzeichnen. Dies ist ein Beleg dafür, dass auch dieses Mal vorsichtig und konservativ kalkuliert wurde. Aus den Steuermehreinnahmen bestreiten wir notwendige und unabwiesbare Ausgaben und berücksichtigen unvermeidbare Mindereinnahmen.

Allein 95 Millionen € fließen in den Fonds, der die mögliche Inanspruchnahme des Landes aus der Garantie für die Risikoabschirmung der WestLB abfedern soll. Weitere 15 Millionen € erhält die Stiftung Zollverein. Hierdurch werden künftige Haushalte des Landes in der Größenordnung von 600.000 € dauerhaft und nachhaltig entlastet.

Mehrausgaben – das ist eben schon erwähnt worden – ergeben sich auch durch das Kinderbildungsgesetz. 57 Millionen € werden dafür zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Weitere größere Positionen sind etwa Mindereinnahmen aus dem Überschuss der Wohnungsbauförderungsanstalt in Höhe von 60 Millionen € und Minderausgaben bei den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich in Höhe von 50 Millionen €.

Was aber macht die Opposition vor allem? – Sie hält sich mit wegfallenden kw-Vermerken für 72 Stellen in der Landesregierung auf und spricht von einem Skandal.

(Zurufe von der SPD)

Fakt ist, dass bis heute brutto 226 Stellen in den verschiedenen Ministerien der Landesregierung abgearbeitet, abgebaut worden sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Abgearbeitet!)

Fakt ist zum anderen, dass wir zum Ende der Legislaturperiode in der Landesverwaltung etwa 12.000 Stellen weniger haben werden. Diese Erfolgsbilanz unterschlagen Sie ganz bewusst, und das ist der eigentliche Skandal. Die Erfolgsbilanz sähe sogar noch besser aus – Kollegin Freimuth hat darauf hingewiesen –, hätten wir nicht schon über 5.000 Lehrer eingestellt, um den Unterrichtsausfall, den Sie zu vertreten haben, zu bekämpfen.

Da regen Sie sich allen Ernstes über 72 Stellen auf, die nach 39 Jahren roter und rot-grüner Herrschaft in Nordrhein-Westfalen in den Ministerien neu geschaffen wurden! Selbstverständlich müssen die Ministerinnen und Minister in ihrer engen Umgebung Mitarbeiter haben, denen Sie bedingungslos vertrauen können.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Möbius, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

Christian Möbius (CDU): Nein. – Warum hat denn Franz Müntefering sage und schreibe 42 neue Mitarbeiter in sein Ministerium geholt, als er Arbeits- und Sozialminister wurde? Setzen Sie einmal diese 42 Stellen in Relation zu den 72 Mitarbeitern der gesamten nordrhein-westfälischen Landesregierung, einschließlich der Staatskanzlei.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie bauen einen Popanz um nichts und wieder nichts auf. Es ist doch selbstverständlich, dass im Kernbereich des Regierungslenkens Leute sitzen müssen, die die politischen Weichenstellungen konzipieren und begleiten. Deshalb war und ist es erforderlich,

(Zuruf von Michael Groschek [SPD] – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

sich in diesem Bereich mit Menschen aufzustellen, die die Ansichten der Hausspitze teilen. Das war insbesondere hier in Nordrhein-Westfalen nach 39 Jahren sozialdemokratischer Vorherrschaft notwendig. Insbesondere in den Hausspitzen der Ministerien waren natürlich keine politisch andersdenkenden Menschen vorzufinden, sondern ausschließlich Sozialdemokraten und Grüne.

(Zuruf von Michael Groschek [SPD])

Das verwundert auch nicht, meine Damen und Herren, da früher bekanntlich selbst für die Besetzung von Hausmeisterstellen an Schulen das SPD-Parteibuch erforderlich war.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Ausgesprochen maßvoll ist die neue Landesregierung bei der zunächst befristeten Stelleneinrichtung vorgegangen. Wenn nunmehr 72 Stellen entfristet werden, ist das allein schon mit dem Hinweis auf die bereits vollzogene Nettoeinsparung von 154 Stellen in denselben Ministerien zu begründen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Die Entfristung der Stellen zeigt aber auch – zum Ärger der Opposition –, dass wir den Anspruch erheben, auch nach der kommenden Landtagswahl die Geschicke des Landes weiter zu bestimmen. Das passt Ihnen natürlich nicht. Deshalb versuchen Sie, durch Fokussierung auf die Stellen vom erfolgreichen Handeln der Landesregierung in der Finanzpolitik abzulenken.

(Beifall von Volkmar Klein [CDU] – Gisela Walsken [SPD]: Wovon?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend festhalten: Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2008 halten wir an unserer nachhaltigen und generationengerechten Finanzpolitik fest. Das zeigt sich schon daran, dass die Nettoverschuldung unverändert geblieben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Weg der Haushaltskonsolidierung gehen wir konsequent und unbeirrt weiter – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Möbius. – Das Wort hat Herr Sagel, fraktionsloser Abgeordneter. Bitte schön.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Möbius, wie Ihr erfolgreicher Weg aussieht, entzieht sich wirklich dem Betrachter. Das ist nicht nachzuvollziehen. Der Landesrechnungshof hat Ihnen das Zeugnis ausgestellt: mindestens „mangelhaft“, wenn nicht völlig „ungenügend“. Was wir hier erleben, ist ziemlich katastrophal.

Genauso widersprüchlich wie das, was Herr Rüttgers macht, der sich in Berlin als sozialer Schaumschläger geriert,

(Widerspruch von der CDU)

in NRW aber neoliberale Politik betreibt, ist die Bilanz von Finanzminister Linssen. Konsolidiert haben Sie lediglich sich selber, indem Sie 97 Stellen geschaffen haben, die Sie durch diesen Nachtrag by the way langfristig sichern wollen.

(Zurufe von Volkmar Klein [CDU] und Winfried Schittges [CDU])

6,8 Millionen € Mehrausgaben sind kein Pappentstiel. Die Leute im Land erkennen sehr wohl, was hier getrieben wird: Sie wirtschaften in die eigene Tasche. Das ist Ihre Politik. Anstatt als ehrlicher Kaufmann, wie Sie sich ständig bezeichnen, zu handeln, werden in Wirklichkeit Bilanzen ge-

fälscht. Diese Realität erleben wir in Nordrhein-Westfalen.

An einer einzigen Stelle hat Herr Linssen mal die Wahrheit gesagt, als er nämlich davon gesprochen hat, dass durch die Steuermehreinnahmen eine glückliche Entwicklung stattgefunden hat. Das ist tatsächlich der Fall. Da haben Sie Glück gehabt. Ansonsten ist katastrophal, was hier läuft. Von der WestLB-Katastrophe mit Milliardensummen wollen wir erst gar nicht reden.

Sie haben die Zahlen gerade selber noch einmal sehr sauber vorgetragen: Ihnen stehen 7 Milliarden € Steuermehreinnahmen zur Verfügung; Sie haben die Nettoneuverschuldung im Haushalt tatsächlich aber nur um 5 Milliarden € gesenkt. Es gibt also eine Diskrepanz von 2 Milliarden €.

Sie reden davon, Stellen abbauen zu wollen. Das werden wir uns kurz vor der Wahl ansehen, wenn wir im Wahlkampf sind. Dann werden die genauen Zahlen auf dem Tisch liegen. Das möchte ich an dieser Stelle gar nicht kommentieren. Herr Linssen erzählt viel, was an Stellen abgebaut wird. Aber auf der anderen Seite erleben wir, dass im Nachtragshaushalt 72 Stellen manifestiert werden.

Das wird damit begründet, dass ansonsten die Arbeitsfähigkeit der Landesregierung gefährdet ist. Ich finde es beinahe lächerlich, wenn man weiß, dass es sich bei etlichen dieser Arbeitsplätze um Redenschreiber von Herrn Rüttgers handelt. Ich weiß gar nicht, wie viele Reden er noch halten will, um diese Stellen zu rechtfertigen.

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU])

Das Ganze geht noch weiter: Wir erleben eine Rekordverschuldung. Die Eckpunkte haben wir heute in der Bilanzkonferenz für 2009 schon gehört. Die Nettoverschuldung liegt insgesamt bei über 121 Milliarden €. – das ist die bittere Realität – und der Schuldendienst bei über 5 Milliarden €. Das ist die Politik, die Sie gemacht haben. In wenigen Jahren haben Sie weit über 10 % der Gesamtschulden des Landes verursacht.

(Lachen von der CDU)

Von Haushaltskonsolidierung kann überhaupt keine Rede sein – im Gegenteil: Sie sind völlig gescheitert. Ich habe es dem Finanzminister schon mehrmals empfohlen: Er kann eigentlich nur zurücktreten!

(Lachen von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Herr Finanzminister Dr. Linssen wünscht, noch einmal das Wort zu erhalten.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Redezeit der Landesregierung erschöpft ist. Die zusätzliche Redezeit, die Sie in Anspruch nehmen, wird selbstverständlich auch den Fraktionen anteilmäßig zur Verfügung gestellt. Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, um zu versuchen, Zahlen richtigzustellen, damit wir auf der Basis gleicher Zahlen diskutieren.

Frau Walsken, Sie haben zu Beginn gesagt, die Schulden hätten Mitte des Jahres 103,5 Milliarden € Schulden betragen.

(Gisela Walsken [SPD]: Welches Jahr?)

Tun Sie uns allen doch den Gefallen und nehmen Sie die Gesamtschulden und nicht nur die Schulden am Kreditmarkt. Sie wissen, wir haben auch noch öffentliche Schulden, die vor allen Dingen beim Bund.

(Gisela Walsken [SPD]: 2005 meinen Sie?)

– 2005.

Sie erlauben uns, dass wir am 31. Dezember 2005 anfangen, weil der Haushalt von Ihnen vorgelegt und dimensioniert worden war. Keine Regierung, die Mitte des Jahres hereinkommt, kann dahinter zurück.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie haben noch 2 Milliarden € reingepackt!)

Wenn wir uns darauf einigen, dass wir die Gesamtschulden nehmen, haben wir von Ihnen am 31. Dezember 2005 insgesamt 112,2 Milliarden € übernommen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Nein, die haben Sie nicht genannt. Lesen Sie im Protokoll nach; dann werden Sie feststellen, was Sie gesagt haben.

Am 31. Dezember 2007 hatten wir 117,1 Milliarden € Schulden. Das sind nach Adam Riese 4,9 Milliarden € mehr für diese beiden Haushaltsjahre.

Der Landesrechnungshof berichtet von 118,1 Milliarden € Schulden.

(Gisela Walsken [SPD]: Komma 2! – Seite 6!)

Er nimmt einen Auslaufzeitraum mit auf. Das ist eine Rechnung, die – wenn ich, Frau Präsidentin

des Landesrechnungshofes, mir das zu sagen erlauben darf – etwas außergewöhnlich ist.

Wir müssen uns also auch darauf einigen, die tatsächliche Zahl zum Stichtag zu nehmen, denn sonst müssten wir bei Ihrer Angabe „31.12.“ auch den Auslaufzeitpunkt nehmen.

Es sind also 4,9 Milliarden € mehr.

Wir haben in den drei Haushaltsjahren 2006, 2007 und 2008 Schulden in Höhe von zusammen 6,7 Milliarden € gemacht. Die haben Sie in einem Jahr gemacht!

(Beifall von der CDU – Christian Möbius [CDU]: So ist das! – Gisela Walsken [SPD]: Sie vergessen Ihre Steuereinnahmen, Herr Kollege!)

Sie haben 2003, 2004, 2005 jeweils 6,7 bis 6,8 Milliarden € Schulden gemacht. Sie haben in drei Jahren 20 Milliarden € Schulden gemacht; wir 6,7 Milliarden €. Wenn das keine Verbesserung ist, was dann?

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben die Freundlichkeit besessen, den Landesrechnungshof zu zitieren. Der Landesrechnungshof hat zum Beispiel Kostensteigerungen in 2007 aufgrund von Zinszahlungen und Personalkosten kritisiert.

Die Zinszahlungen beruhen auf den von uns übernommenen 112,2 Milliarden € Schulden, und die sind nun wirklich nicht von uns verursacht worden. Wenn die Zinsen steigen, ist das bedauerlich. Ich nehme das als Faktum hin. Das hat der Landesrechnungshof völlig richtig berichtet.

Er berichtet ferner, wir hätten bei den Personalkosten eine Steigerung von 5,4 %. Er rechnet allerdings in die gute Milliarde 925 Millionen € hinein, die wir, wie Sie alle wissen, in den Versorgungsfonds eingezahlt haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, richtig!)

Das ist auch eine aparte Rechnung. Wenn er diese 925 Millionen € herausgelassen hätte, was ich befürworten würde, hätten wir in 2007 eine Steigerung der Personalkosten in Höhe von 0,45 %. Diese Zahl kann sich wahrlich sehen lassen!

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister Dr. Linssen, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Finanzminister. – Wären Sie vielleicht so freundlich, dem Parlament zur Vollständigkeit der Rechnung auch die Steuermehreinnahmen, die dem Land seit 2005 zugeflossen sind, darzustellen, damit eine Gesamtrechnung daraus wird? Sie ist wichtig, um die Vollständigkeit des Bildes herzustellen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Aber selbstverständlich gern, Herr Rimmel, auch wenn ich das in meiner Rede heute Morgen schon getan habe. Wenn Sie anwesend gewesen wären, hätten Sie sicherlich diese Frage gar nicht mehr gestellt.

(Gisela Walsken [SPD]: Er war hier!)

Ich darf Ihnen sagen, dass wir von 2005 bis 2007 – diese Zahlen trage ich besonders gerne vor – 5,8 Milliarden € mehr Steuereinnahmen hatten. Davon haben wir 1,2 Milliarden € an die Kommunen gegeben. Bleibt ein Saldo von 4,6 Milliarden €.

(Carina Gödecke [SPD]: Das steht ihnen auch zu! – Weitere Zurufe)

– Entschuldigen Sie, natürlich stimmt das!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das steht ihnen auch zu!)

Die Nettoneuverschuldung ist um 4,8 Milliarden € einschließlich des Jahres 2007 gesenkt worden. Sie ist in größerem Umfang gesenkt worden, als wir Steuern eingenommen haben, meine Damen und Herren.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das ist unglaublich!)

Da können Sie sich nur die Augen reiben.

(Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Aber die Zahlen sind Fakten.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie sind gefälscht!)

Wenn der Landesrechnungshof berichtet, wie in der Pressemitteilung ausgeführt wurde, dass es leider noch nicht gelungen sei, Schulden im Jahre 2007 zurückzuzahlen, fehlt eine Ergänzung, die vielleicht lautet: Die Damen und Herren von der CDU-/FDP-Regierung haben 6,7 bis 6,8 Milliarden € Nettoneuverschuldung pro Jahr übernommen. Sie haben sie auf 1,8 Milliarden € reduziert. Dies ist eine gewaltige Leistung, die wir honorieren. Wir würden uns freuen, wenn – so der Landesrechnungshof in einer fiktiven Stellungnahme – Sie

so weitermachen und möglichst schnell den ausgeglichenen Haushalt herstellen würden.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Rimmel hat sinngemäß gefragt, ob wir einen Nachtragshaushalt vorgelegt hätten, weil die Steuereinnahmen einbrechen. Das wäre ganz furchtbar! – Etwas anderes haben Sie während Ihrer Zeit nie gemacht. Sie haben Nachträge immer benutzt, um den Offenbarungseid des Finanzministers zu dokumentieren. Das war Ihre Politik!

(Beifall von CDU und FDP)

Sie mussten in jedem Jahr mehr Schulden aufnehmen. Wir tun das eben nicht!

Dann möchte ich gern einige Bemerkungen zu den Personalstellen machen. Die 72 Personalstellen – das habe ich heute Morgen auch vor der Presse berichtet – ...

(Zurufe)

– Entschuldigen Sie, aber 32 neue Stellen im Zentralbereich, in der Staatskanzlei, sind dringend erforderlich, um den Laden nach 39 Jahren auf einen neuen Kurs zu bringen, der völlig anders ist und der dem Land sehr gut bekommt. Dafür sind diese Leute mitverantwortlich.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Stasi-Taktik!)

Von Frau Walsken wurde zitiert, ich hätte zu den 34.000 Stellen, die die Hartmann-Kommission erwähnt hat, angemerkt, das sei sehr überlegenswert.

(Gisela Walsken [SPD]: Das haben Sie!)

Meine Damen und Herren, ich habe von Anfang an gesagt: Dieser Rechnung lag eine Fluktuation von 2,0 % pro Jahr über fünf Jahre zugrunde, also ein Abbau von 10 %. Das bedeutet bei 340.000 Stellen einen Abbau von 34.000 Stellen.

Ich habe von vornherein erklärt: Wir haben weite Bereiche – Justiz, Schule, Finanzen usw. – von dem Stellenabbau ausgenommen. Dafür bin ich von Ihnen fast verprügelt worden; dafür haben Sie mich gescholten. Bis auf 30.000 bis 35.000 Stellen haben wir alles andere, nämlich 290.000 Stellen, herausgenommen. Deshalb ist der Abbau der 12.000 kw-Stellen eine Riesenleistung, die es zu Ihrer Zeit nie gegeben hat.

(Beifall von der CDU)

Sie ist natürlich auch dank des Personaleinsatzmanagements, was Sie bekämpft haben, gelungen.

gen. Wo wären wir heute, wenn Sie das Sagen gehabt hätten?

(Christian Möbius [CDU]: Sehr richtig!)

Wir konnten dafür natürlich Lehrer einstellen. Das haben wir getan. Herr Remmel, sehr wahrscheinlich weist die Bilanz am Ende der Legislaturperiode „nur“ ein Minus von 2.500 Stellen aus, weil wir 10.000 neue Stellen eingerichtet haben, darunter in erster Linie solche für Lehrer. Lehrer, Lehrer, Lehrer! Sie wissen, dass wir knapp 7.000 Lehrerstellen mit dem Haushalt 2009 eingerichtet haben. Das konnten Sie heute Morgen nachlesen.

(Gisela Walsken [SPD]: Alle zehn Minuten tausend mehr!)

Das andere sind Finanzamtsanwärter, Polizeianwärter und Justizanwärter. Wir werden im Übrigen auch dafür gescholten, dass wir nie genügend einstellen können.

Sie müssen einmal Ihre Reden vergleichen, wenn es einerseits um Haushaltspositionen oder andererseits um die Konsolidierung des Haushalts geht. Ich möchte Ihnen einen guten Rat geben: Sie können den Kurs nicht weiterfahren, zum einen die mangelnde Konsolidierung zu beklagen und zum anderen bei jeder Haushaltsposition zu sagen, es sei nicht genug.

Für das KiBiz, Frau Altenkamp, geben wir nach der Erhöhung um 56 Millionen € über 1 Milliarde € aus. Davon hätten Sie geträumt!

(Britta Altenkamp [SPD] schüttelt mit dem Kopf. – Rainer Schmeltzer [SPD]: KiBiz ist ein Albtraum!)

Wir hätten diese Nachsteuerung vermeiden können, wenn wir vorher zum Beispiel die Stunden gedeckelt hätten. Was meinen Sie, was los gewesen wäre? Sie hätten gefragt, ob wir die Kommunen präjudizieren. – Wir haben es nicht getan. Es ist ein neues System. Ich erkläre, dass ich dieses Geld gerne ausbebe, weil es bei den Kindern exzellent angelegt ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Remmel, Sie haben Ihre Rede mit den Worten begonnen, das sei alles intransparent und Verschleierung. – Leider sind Sie jeden Beweis schuldig geblieben.

(Gisela Walsken [SPD]: Im Gegenteil!)

Ich würde von Ihnen gerne wissen, an welcher Stelle wir in diesem Haushalt irgendetwas verschweigen oder verschleiern. Darauf bin ich sehr gespannt. Vielleicht haben Sie ja noch Gelegen-

heit, dies dem Auditorium zu irgendeinem Zeitpunkt vorzutragen. Dafür wären wir sehr dankbar. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Sie haben Ihre Redezeit um zehn Minuten überzogen. Das bedeutet, die anderen Fraktionen haben zusätzliche Redezeit. Ich sage nicht, wie viel es ist, denn ansonsten erreichen wir die Spätausgabe der Tagesschau. Ich gebe also Ihnen allen zusätzliche Redezeit und bitte Sie, diese nicht so extensiv zu nutzen wie der Finanzminister. Frau Walsken hat sich als Erstes zu Wort gemeldet.

Gisela Walsken^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufgrund der Fülle von interessanten Diskussionspunkten, die der Finanzminister in seiner Erwiderung auf unsere Reden eingebracht hat, fällt es mir schwer, meine Redezeit nicht extensiv zu nutzen.

Es fällt mir hingegen leicht, Herr Finanzminister – deshalb möchte ich damit beginnen –, Ihr letztes Stichwort aufzugreifen, nämlich Verschleierung. Sie haben gerade Herrn Kollegen Remmel aufgefordert, klarzumachen, was Sie verschleiern.

Ich möchte das ganz deutlich an dem Beispiel Personalabbau und kw-Vermerke an den jeweiligen Stellen, die Sie für Ihren Regierungsapparat – es waren damals über 90 – neu ausgebracht haben, tun. Damals haben Sie im Hauptausschuss und im zuständigen Finanzausschuss – nicht Sie in Person, sondern die Staatskanzlei – erklärt: Wir werden diese Stellen erwirtschaften bzw. nur auf Zeit brauchen. Damals haben Sie nicht gesagt, dass Sie schon zwei Jahre später oder im Haushalt 2009 diese Stellen nicht erwirtschaften wollen. Sie haben es uns verschleiert. Sie haben nicht klargemacht, dass Sie diese Stellen auf Dauer halten wollen. Ich sage Ihnen: Das ist unseriös und intransparent gegenüber dem Parlament.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zum Thema Schulden: Herr Finanzminister, wenn Sie so weit sind, dass Sie mit dem Landesrechnungshof über quasi falsche Zahlen oder nicht vergleichbare Zahlen des Landesrechnungshofs streiten, dann sind Sie verdammt weit gekommen. Die Zahl, die der Landesrechnungshof in seinem Bericht auf Seite 6 veröffentlicht, nämlich einen Schuldenstand von 118,2 Milliarden € im Jahre 2007, ist genau die Zahl, die wir Ihnen im Haushalts- und Finanzausschuss im Jahre 2007 immer

wieder vorgehalten haben. Bis heute habe ich nicht erkannt, wieso diese Zahl falsch ist. Deshalb sage ich Ihnen: Messen Sie sich doch nicht an unserer Regierungszeit, Herr Finanzminister, sondern an Ihren hehren Worten.

(Beifall von der SPD)

Ich habe doch nicht umsonst heute zitiert, was Sie 2006 gesagt haben. Sie wollten in den Schuldenabbau eintreten. Sie haben von uns mit Stand 30. Juni 2005 Schulden in Höhe von 108 Milliarden € übernommen.

(Christian Möbius [CDU]: Schon wieder falsch!)

– Gucken Sie doch nach. Zweimal klicken, dann haben Sie es. Das ist überhaupt kein Problem. – Heute haben Sie, attestiert durch den Landesrechnungshof, schon Schulden von 118,2 Milliarden €. Für 2009 haben Sie – das haben wir Ihren Worten heute Morgen vor der Presse entnommen – einen Schuldenstand von 121,5 Milliarden € angegeben. Sie selbst aber hatten erklärt, in den Schuldenabbau eintreten zu wollen.

Messen Sie sich doch an dieser eigenen Formulierung. Erklären Sie diesem Parlament bitte transparent, wo der Schuldenabbau stattfindet oder wo er bis 2010 noch stattfinden soll. Wenn Sie mir das anhand der Zahlen nachweisen, entschuldige ich mich gerne für jede Anschuldigung. Aber solange das nicht klar ist, solange die Schulden wachsen, haben Sie kein Recht, zu sagen: Was interessiert mich mein Wort von 2006? Ist halt anders gelaufen. Ich habe vergessen, die Zinseinnahmen zu kalkulieren.

(Winfried Schittges [CDU]: Die Zinseinnahmen zu kalkulieren!)

– Die Zinskosten für die Zinszahlungen. Sie wissen, was gemeint ist. Ich gehe aber gerne auf Ihren Zwischenruf ein. Wenn Sie sagen, Sie hätten nicht gewusst, dass Sie für die Zinsen, die Sie im Haushalt haben, mehr Geld zahlen müssen und deshalb in vier Jahren eine Summe von 13,5 Milliarden € für erhöhte Zinskosten bräuchten, dann ist dort etwas nicht in Ordnung.

Wir haben Steuermehreinnahmen in Höhe von 7 Milliarden €. Herr Finanzminister, Sie haben verkündet – messen Sie sich doch bitte wieder an Ihren Worten und nicht an Zeiten, in denen es Steuereinnahmen in dieser Größenordnung seit Jahren nicht gab –, Steuermehreinnahmen gingen vollständig in den Schuldenabbau. Wo ist nachweisbar und transparent, dass diese Mehreinnahmen in den Schuldenabbau gegangen sind?

Im Gegenteil! Sie haben in den letzten Jahren mehr Schulden gemacht.

(Beifall von der SPD)

Ein letzter Punkt: Ich glaube nicht, dass es langfristig hilfreich sein wird, seine eigenen finanzpolitischen Grundsätze, die man unter den Titel „Eine neue Finanzpolitik“ stellt, nach vier Jahren in der Bilanz so darzustellen, als wären sie ein Erfolg, wenn man das alles nur macht, indem man ständig den Kollegen aus der Opposition unterstellt, sie würden die Zahlen nicht kennen. Ich glaube, Sie sollten umsteuern, sich Ihre Zahlen anschauen

(Christian Möbius [CDU]: Das sagt die Richtige!)

und – auch den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes – klarmachen, dass Sie mit allem, womit Sie gestartet sind, mit Ihren großen Vorstellungen, wie man Finanzpolitik in diesem Land neu gestaltet, in kürzester Zeit gescheitert sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Bitte schön, Herr Klein.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass Frau Kollegin Walsken jetzt noch einmal wortreich alle möglichen Angriffe mit einem neuen Aufguss versieht, ändert überhaupt nichts daran, dass der Finanzminister eben noch einmal abschließend die Fakten dargestellt und unterstrichen hat, dass sich Nordrhein-Westfalen weiterhin auf eine vernünftige, solide Finanzpolitik verlassen kann. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Dann hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Ellerbrock das Wort.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Der neue Finanzfachmann!)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Walsken, wenn ich sehe, welche Nebelkerzen Sie hier im Detail zu werfen versuchen, muss ich mich einfach fragen: Wer war es denn, der in der Zeit zwischen 1995 und 2005 in diesem Lande 50 Milliarden € Schulden angesammelt hat? War es nicht ein Herr Walsken als finanzpolitischer Sprecher der SPD?

(Beifall von der CDU)

War es nicht ein Herr Walsken als finanzpolitischer Sprecher der SPD? War es nicht eine Frau Walsken als finanzpolitische Sprecherin der SPD? – Wäre es nicht besser gewesen, entweder zu schweigen oder sich einfach zu freuen, dass diese Landesregierung es geschafft hat, den Trend der immer größer werdenden Neuverschuldung zu stoppen?

(Gisela Walsken [SPD]: Unser Finanzexperte!)

Sie hat den Verschuldungszuwachs gestoppt und damit etwas geschafft, was Sie nie erreicht haben. Nie! Sie haben immer nur mehr Schulden aufgebaut und die Verschuldung immer weiter erhöht.

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Ellerbrock, Sie wissen doch überhaupt nicht, wovon Sie reden! Setzen Sie sich wieder hin!)

Nichts haben Sie geleistet! Und jetzt wagen Sie es,

(Gisela Walsken [SPD]: Nehmen Sie Platz, Herr Kollege! Das ist nicht Ihr Fachgebiet!)

hier solche Nebelkerzen zu werfen. Das ist einfach schlechter Stil.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Jetzt hat noch für Bündnis 90/Die Grünen Herr Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei kurze Bemerkungen.

Erstens. Die Antwort des Finanzministers hat mich ziemlich erschreckt. Es ist wohl wahr, dass die Ergebnisse der Finanzpolitik unter unserer Verantwortung nicht gerade ein leuchtendes Glanzstück für die Zukunft waren. Es geht aber um hier und heute. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Es geht auch um die Zukunft des Landeshaushalts. Und der Finanzminister hat eben das bestätigt, was wir der Landesregierung vorgeworfen haben: Hier wird auf Sicht gefahren. Hier wird nicht in großen Linien gedacht. Hier wird nicht für Zeiten Vorsorge getroffen, die vielleicht auch einmal nicht so rosig sein werden, wie sie heute vermeintlich sind.

Herr Finanzminister, Sie haben sich hier als Schönwetterpolitiker dargestellt. Was ist denn, wenn die Steuereinnahmen einbrechen? Was ist denn, wenn Schlechtwetter aufzieht? Es ist doch die Aufgabe des Finanzministers, in solchen Linien zu denken

(Beifall von den GRÜNEN)

und dem Parlament und den Menschen in diesem Land rechtzeitig zu sagen: So und so könnte es in Zukunft werden. Da und da liegen die Risiken. Dort und dort könnte es schlechtes Wetter geben.

Aber nein! Hier wird darauf gesetzt, dass das schöne Wetter anhält und die Steuereinnahmen endlos weiter so steigen, wie sich das heute offensichtlich darstellt. Damit erfüllen Sie nicht die Aufgabe eines Finanzministers, der den Anspruch hat, auf dem Schiff richtig am Steuerrad zu drehen, sondern betreiben auf kurze Sicht Schönwetterpolitik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zweitens. Lassen Sie mich etwas zu den 72 Stellen sagen. Unbestritten ist – dazu stehen wir auch –, dass eine neue Landesregierung einen gewissen Gestaltungsspielraum haben muss, wenn sie sich installiert. Wenn Sie als Landesregierung dann aber im Parlament erklären: „Das sind Stellen, die wir vorübergehend eingerichtet haben und wieder abbauen werden“, müssen Sie sich im Nachhinein auch daran messen lassen. Und an dieser Stelle haben Sie das Parlament schlicht und einfach belogen.

(Beifall von den GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: So ist es!)

Hier ist das Parlament belogen worden. Sie haben dem Parlament etwas Falsches erzählt.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Und sind erwischt worden!)

Dann müssen Sie das hier auch entsprechend verantworten, und dann muss man das auch entsprechend darstellen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schaue auch nicht mehr lange in die Runde, meine Damen und Herren, sondern beende jetzt die Debatte.

Uns liegt eine Überweisungsempfehlung vor. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/6920 an den Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann hat das Parlament diese Überweisung einstimmig beschlossen.

Nun kommen wir zu: